

**Starke Städte.
Lebenswertes
Land.**



**DAS ist
SACHSEN.**

**Beschlossen auf dem 33. Landesparteitag
der Sächsischen Union
am 1. Dezember 2018 in Leipzig**

Impressum:

CDU-Landesverband Sachsen
Fetscherstraße 32/34
01307 Dresden
0351 449170
post@cdu-sachsen.de
www.cdu-sachsen.de
www.facebook.com/CDU.Sachsen

Starke Städte. Lebenswertes Land. Das ist Sachsen.

Sachsen – das ist ein Land mit reicher Tradition und Kultur, lebenswerten Landschaften, pulsierenden Städten, einer erfolgreichen Wirtschaft und innovativer Wissenschaft. Es lohnt sich, weiterhin hart dafür zu arbeiten, dass das so bleibt.

Die Politik in unserem Land kann nur gemeinsam mit den Menschen gemacht werden. Sie muss sich an ihren Ideen orientieren. Die letzten Monate haben gezeigt, dass wir in Sachsen mehr miteinander sprechen müssen statt übereinander. Es gilt, dem Besprochenen schnell konkretes Handeln folgen zu lassen. Zuhören, Entscheiden und Umsetzen ist der Dreiklang der Sächsischen Union. Dabei stützt sie sich auf ihre christlich-sozialen, liberalen und wertkonservativen Wurzeln.

Das bedeutet, dass unser Freistaat auch in den kommenden Jahren eine starke und verlässliche Wirtschaft braucht. Denn bevor etwas ausgegeben werden kann, muss es zuvor erwirtschaftet werden. Hier wollen wir mit einer klugen Wirtschaftspolitik die richtigen Weichen für die Zukunft stellen.

Wir sind auf einem guten Weg, den Freistaat Sachsen fit für die Zukunft zu machen. In den Bereichen Bildung und Sicherheit haben wir das Handlungsprogramm und das neue Polizeigesetz auf den Weg gebracht. Erste Erfolge im Schulbereich sind mit höheren Einstellungszahlen bei Lehrern sichtbar. Die beschlossene Ehrenamtszuschale unterstützt bürgerschaftliches Engagement in den Kreisen und kreisfreien Städten. Sie ist ein wesentlicher Beitrag, um den gesellschaftlichen Zusammenhalt zu fördern.

Eine Investitionszuschale gibt den Kommunen mehr Eigenständigkeit bei Projekten, die ihnen besonders wichtig sind, denn sie können das zur Verfügung stehende Geld frei verwenden. Der Breitbandausbau als Basis für weitere digitale Entwicklung wird alle Kommunen erreichen und nicht an fehlenden Eigenmitteln scheitern. Dafür stellt der Freistaat die nötigen Gelder bereit. Weitere Investitionen in die Feuerwehr, die Infrastruktur und die Dorfkerne im ländlichen Raum sind ebenfalls beschlossene Sache. Unser Ziel bleibt: gleichwertige Lebensverhältnisse im ganzen Land.

Wir werden die Dinge, die wir eingeleitet und bereits erreicht haben, fortführen und nicht zuletzt auf der kommunalen Ebene umsetzen. Dazu sind in zentralen politischen Handlungsfeldern die richtigen Weichenstellungen vorzunehmen.

1. Sicherheit in Stadt und Land – Personal, Präsenz, Prävention

Innere Sicherheit ist nach den existenziellen Bedürfnissen die wichtigste Anforderung, die wir als Menschen an Staat und Gesellschaft stellen. Das bedeutet: angstfreies und sicheres Leben. Deshalb ist Sicherheit für ganz Sachsen ein wichtiges Thema, denn ein sicherer Freistaat ist die Grundvoraussetzung dafür, dass wir gemeinsam friedlich

miteinander leben, arbeiten und wirtschaften können. Der sichtbare Erhalt von Ordnung und Sicherheit ist eine der Kernaufgaben des Staates. Es ist eine Querschnittsaufgabe für Bund, Länder und Kommunen. Deshalb ist eine gute Zusammenarbeit zwischen Kommunal- und Landesebene zwingend. Eine wahrnehmbare Polizeipräsenz ist notwendig, um das Sicherheitsgefühl der Menschen zu erhöhen. Deshalb müssen Präsenz und Prävention sowohl im ländlichen Raum als auch in den Städten Priorität haben. Weiterhin setzen wir uns für die Stärkung der Bereitschaftspolizei in Sachsen ein.

Ziele und Maßnahmen

- Wir wollen die Präsenz und die Einsatzfähigkeit der Polizei in der Fläche und vor Ort als Ansprechpartner für die Bevölkerung gewährleisten. Es muss mehr Personal auf die Straße und zwar sichtbar, ansprechbar und bürgernah! Die Befugnisse unserer Polizei müssen den realen Bedingungen angepasst werden. Maßnahmen wie Online-Durchsuchung und Quellen-TKÜ (Telekommunikations-Überwachung) gehören zu einer effektiven Gefahrenabwehr. Der Einsatz von Bodycams dient sowohl der Eigensicherung der Beamten als auch der Deeskalation.
- Offen sollte eine Anpassung der Befugnisse für den Einsatz der Wachpolizei im Rahmen schutzpolizeilicher Aufgaben besprochen werden. Wir möchten neben der flächendeckenden Präsenz der Bürgerpolizisten in den Gemeinden und Stadtteilen auch deren Vernetzung mit den örtlichen Kommunalverwaltungen und deren angegliederten unteren Polizeibehörden voranbringen.
- Den Einsatz von Vertrauenspersonen im polizeilich-präventiven Bereich wollen wir regeln. Diese könnten durch Kontaktpflege zu den Schulleitern, Sozialarbeitern sowie Eltern und Schülern koordinierend und präventiv arbeiten. Wir werden die Prävention in den Schulen schrittweise verstärken. Dazu nutzen wir das vorhandene Instrument „Prävention im Team“ (PiT).
- Das Projekt „Sächsische Sicherheitswacht“ soll ebenso wie die Kreisverkehrswacht stärker in den Fokus der Öffentlichkeit gerückt werden, um mehr interessierte Ehrenamtliche für diese Form der Mitwirkung zu gewinnen. Wir wollen noch im Jahr 2019 eine öffentlichkeitswirksame Werbekampagne zur Stärkung des Ehrenamtes in diesen Bereichen starten.
- Wir fordern den Bund auf, Kontrollen der EU-Binnengrenzen weiterhin anlassbezogen zu ermöglichen.
- Wir werden im grenznahen Raum die Zusammenarbeit von Bundespolizei, Landespolizei und den tschechischen sowie polnischen Polizeikräften weiterentwickeln und verstärken.

- Wir wollen die Drogenkontrollen im grenznahen Raum weiter verstärken. Die Polizei soll mehr verdachtsunabhängige Kontrollen durchführen – auch zusammen mit tschechischen und polnischen Polizeibeamten.
- Wir stehen entschieden gegen jede Form des Extremismus sowie gegen jegliche Form von Gewalt. Die Präventionsarbeit gegen Radikalisierung in der Gesellschaft muss gestärkt und nachhaltiger organisiert werden.
- Wir werden Polizeipräsenz sowie Dichte und Häufigkeit der Kontrollen erhöhen, um Straftätern schnell habhaft zu werden und sie zügig der Justiz zuzuführen. Wir verstärken die Zusammenarbeit mit Bundespolizei, Bundes- und Landeskriminalämtern, Bundes- und Landesämtern für Verfassungsschutz und die länderübergreifende Kooperation beim Katastrophenschutz.
- Die Arbeit unserer Sicherheitskräfte verdient allergrößten Respekt und höchste Anerkennung. Deshalb muss jeder Angriff auf Einsatzkräfte als ein Angriff auf den Staat gewertet und sanktioniert werden.
- Wir verstehen Strafe und Prävention als zwei gleich wichtige Säulen der Kriminalitätsbekämpfung. Der Prävention kommt in den Justizvollzugsanstalten in Form von Resozialisierungsmaßnahmen eine hohe Bedeutung zu.
- Im Rahmen der Haftdauer muss es – vor allem bei jungen Straftätern – das Ziel sein, dass Schuld- und Unrechtsbewusstsein sowie psychosoziale Kompetenzen nachreifen können, bevor sie wieder entlassen werden. Wir wollen, dass in allen Gefängnissen (auch denen mit kurzer Haftdauer) für jeden Häftling eine sinnvolle, tägliche Arbeit ermöglicht werden kann.
- Wir werden das Personal im allgemeinen Vollzugsdienst der sächsischen Justizvollzugs- und Jugendarrestanstalten aufstocken.
- Wir setzen uns für eine zügige weitere Umsetzung der mobilen und stationären Videoüberwachung, insbesondere in Grenzgebieten und Kriminalitätsschwerpunkten, ein. Die Nutzung intelligenter Videoüberwachungssysteme ist aus unserer Sicht geboten, um Straftäter effektiver und schneller identifizieren zu können. Zur Auswertung der Videoüberwachung muss ausreichend Personal vorgehalten werden.
- Wir setzen uns dafür ein, dass Städte und Gemeinden an Kriminalitätsschwerpunkten einfacher Alkoholverbote auf öffentlichen Plätzen und Waffenverbotszonen verhängen können.
- Wir setzen uns für eine strikte Durchsetzung des Ordnungsrechts in den Kommunen ein. Insbesondere auf den Gebieten der Sachbeschädigung und des Vandalismus

sowie illegaler Müllentsorgung muss ausreichend Personal zur Verfügung gestellt werden, um Verstößen wirksam zu begegnen bzw., wenn geschehen, diese konsequent zu ahnden und entstandene Schäden zu beseitigen (z.B. illegale Graffiti, überklebte Verkehrs- und Hinweisschilder).

- Wir bringen Licht in dunkle Gassen! In Kommunen und Städten sind Orte mit erhöhtem Kriminalitätspotenzial (Tunnel, dunkle Plätze, Unterführungen und Ähnliches) unter anderem durch geeignete bauliche Maßnahmen so zu gestalten, dass sie sicherer werden. Dies soll in enger Zusammenarbeit mit Anwohnern und Sicherheitspersonal vor Ort geschehen. Die gestalterischen Ideen der Bürger sind gefragt!
- Wir setzen uns dafür ein, Präventionszentren vor Ort auf- und auszubauen. Kriminalpräventive Räte aus Bürgern und Verantwortlichen sind eine gute Möglichkeit, um die Kommunen zu unterstützen und sie dadurch sicherer und lebenswerter zu machen.
- Wir bekämpfen Cyberkriminalität effektiver und stärker. Diese „digitale Form“ der Kriminalität gehört zu den stark wachsenden Herausforderungen der Inneren Sicherheit unserer Zeit. Deshalb sind Datenschutz, Medienkompetenz und Opferschutz auch im Netz wichtig. Hier setzen wir ebenfalls auf Prävention und verstärken die Zusammenarbeit von öffentlichen und privaten Institutionen sowie den Bürgerinnen und Bürgern.
- Wir arbeiten darauf hin, mehr IT-Spezialisten im Polizeidienst als bisher einzustellen, die den Einsatz in Zusammenarbeit mit den länderübergreifenden Verbundeinrichtungen unterstützen. Dazu müssen wir entsprechende finanzielle Anreize schaffen.
- Wir sehen die Freiwilligen Feuerwehren als wichtige Sicherheitsgaranten im ländlichen Raum und als einen bedeutenden Teil der lokalen Kulturlandschaft, die unsere volle Unterstützung erfährt. Ebenso sind Rettungsdienste und Einsatzkräfte des Katastrophenschutzes ein wichtiger Bestandteil für die Sicherheit in Sachsen.

2. Wirtschaft und Tourismus

Eine kluge und vorausschauende Wirtschaftspolitik der Sächsischen Union hat dafür gesorgt, dass die Wirtschaft im Freistaat stark von modernen und zukunftsfähigen Industriezweigen geprägt ist. Sie erreichen durch standortbedingte Synergieeffekte eine kritische Größe. Das macht sie überregional und international wettbewerbsfähig und damit wiederum zu wirtschaftlichen Zugpferden ganzer Regionen.

Das Wachstum auf der gesamt-sächsischen Ebene verstärkt jedoch zum Teil die Kluft zwischen den Ballungsgebieten und den Bereichen außerhalb dieser Ballungsräume. Die

Sächsische Union strebt eine Wirtschaftspolitik an, mit der gleichwertige Lebensverhältnisse in Stadt und Land geschaffen und beibehalten werden können. Dazu muss Chancengerechtigkeit gewahrt werden.

Das Engagement der Unternehmer sowie die Tätigkeit qualifizierter Arbeitnehmer bedingen einander und sind die Voraussetzung unseres wirtschaftlichen Erfolges. Für viele Bürger ist „Unternehmer“ Inbegriff für „Wirtschaft“. In der Veränderung sieht der Unternehmer Chancen für die Entwicklung einer Geschäftsidee, er unternimmt etwas und nimmt andere mit. Damit prägt er unsere Gemeinschaft, schafft Zuversicht und sichert unseren Wohlstand. Wir stehen für ein positives Unternehmerbild in der Öffentlichkeit ein und unterstützen nachfolgende Generationen dabei, unternehmerisch tätig zu werden.

Ziele und Maßnahmen

Die wirtschaftliche Entwicklung hat mehrere konkrete Ausprägungen:

- Für die Menschen ist es wichtig, in der Nähe zu ihrem Lebensort auch Arbeit zu finden. Wenn das nicht möglich ist, müssen sie durch gute Verkehrsanbindung – sowohl im ÖPNV wie für den PKW – mit angemessenem Zeitaufwand zur Arbeit pendeln oder aber die Arbeit z.B. im „Home Office“ erledigen können.
- Für die lokalen Gewerbetreibenden ist es von Bedeutung, ob sie einen ausreichenden Markt an ihrem Standort finden. Ist dies in einer Kommune nicht mehr gegeben, droht die Verödung der Zentren.
- Für die Kommunen selbst ist es von Bedeutung, durch ausreichende lokale Gewerbesteuererinnahmen eine ausreichende Eigenständigkeit und Gestaltungsspielraum halten zu können.
- Für Arbeitgeber ist es wichtig, dass sie qualifizierte Mitarbeiter gewinnen können und dass das Lebens- und Arbeitsumfeld zugleich für deren Familienangehörige attraktiv ist.

In den Großstädten ist dies grundsätzlich gegeben. Außerhalb der Großstädte jedoch sind diese Erwartungen und Anforderungen unterschiedlich gut erfüllt.

Das Ziel der Sächsischen Union ist es, die Wirtschaftskreisläufe im ländlichen Raum zu stärken. Der ländliche Raum kann enorm davon profitieren, durch eine moderne Verkehrs- und Kommunikationsinfrastruktur näher mit den städtischen Räumen verbunden zu werden. Gleichzeitig werden die Städte hierdurch entlastet. Wir müssen das Konzept der „Smart City“ auf die „Smart Region“ ausweiten, da hierdurch die Verzahnung der Lebensbereiche erhöht wird. Einzelne sächsische Teilregionen werden enorm dadurch gewinnen, als gemeinsame Wachstumsregion die jeweiligen Stärken und Schwächen von städtischen und ländlichen Kommunen auszugleichen und sich gemeinsam um eine hervorragende Lebensqualität, eine Vermarktung als Wirtschaftsstandort sowie als Destination für den Tourismus zu positionieren.

- Als Sächsische Union setzen wir uns dafür ein, in Sachsen „Smarte Regionen“ zu identifizieren, die gemeinsam Standortmarketing, Investorenanwerbung und Entwicklung der Lebensqualität vor Ort betreiben. Somit entstehen starke Wirtschaftsräume mehrerer Landkreise, die mit gebündelter Kraft gemeinsam um Arbeitsplätze für die Region kämpfen.
- Wir setzen uns weiterhin für einen zügigen Ausbau des Glasfasernetzes und eine Stärkung der digitalen und der Verkehrsinfrastruktur ein – und zwar innerhalb der ländlichen Räume ebenso wie zwischen diesen und den Ballungsräumen.
- Wir setzen uns dafür ein, dass Sachsen eine führende Rolle bei der Etablierung des 5G-Standards einnehmen wird. Unsere Voraussetzungen hierfür sind optimal. Wir unterstützen eine Priorisierung des ländlichen Raums bei der Vergabe von 5G-Lizenzen analog zu den Ausbauvorgaben für das 4G-Netz. Erst im Anschluss sollen im Wettbewerbsverfahren Lizenzen für Ballungsräume vergeben werden.
- Die Sächsische Union unterstützt alle geeigneten Maßnahmen, um die Digitalisierung aller Rundfunkbereiche im Freistaat kurz- und mittelfristig zu ermöglichen bzw. zu befördern. Insbesondere für private sächsische Rundfunkanbieter sind zweckmäßige Hilfestellungen angezeigt, die einen Einstieg bzw. einen vollständigen Umstieg in die digitale Verbreitung unter der Maßgabe der Wirtschaftlichkeit ermöglichen. Im Bereich des Radios kann dies bspw. dadurch befördert werden, dass zugunsten digital-terrestrischer Verbreitung zurückgegebene UKW-Frequenzen nicht erneut in den Markt gegeben werden.
- Wir unterstützen die Stärkung regionaler Schwerpunkte in der verarbeitenden Industrie zur Schaffung regionaler Wertschöpfungsketten durch Unterstützung in der Koordinierung oder die gezielte Förderung der Infrastruktur und Ansiedlung.
- Besonderes Augenmerk richten wir auf die sächsischen Braunkohleregionen. Für uns steht fest, dass die Braunkohle als heimischer und kostengünstiger Energieträger, der zur Aufrechterhaltung der Netzstabilität essentiell ist, benötigt wird. Den Strukturwandel wollen wir bereits jetzt planvoll einleiten und mit entsprechenden Investitionen in Infrastrukturmaßnahmen begleiten. Diese müssen zukunftsorientiert und mit einer Angebotsplanung untersetzt sein, so dass sie durch ein Investitionsbeschleunigungsgesetz schnellstmöglich realisiert werden können. An erster Stelle stehen für uns Maßnahmen zum Erhalt und zur Neuschaffung von qualifizierten Arbeitsplätzen in den Braunkohleregionen.
- Wo es möglich und angemessen ist, setzen wir uns für eine Verlagerung von Institutionen der öffentlichen Hand und der öffentlichen Verwaltung an den Rand oder außerhalb von Ballungsgebieten ein. Wir wollen bei vorhandener Bereitschaft und Unterstützung durch die Kommunen eine Ansiedlung von Behörden unterhalb der

Ministerien abseits der Ballungszentren bis zum Jahr 2030 erreichen. Gleichzeitig setzen wir uns für die weitere Ansiedlung von Bundesbehörden im Freistaat Sachsen ein.

- Die dezentrale Verantwortung in der Umsetzung des LEADER-Programms ermöglicht eine eigenständige Schwerpunktsetzung in den einzelnen Regionen. Dies gilt es über das Jahr 2020 hinaus zu verstetigen und damit Planungssicherheit und Wachstum im ländlichen Raum zu sichern.
- Wir setzen uns für eine Verbesserung der Verfügbarkeit von angemessenem Mietwohnraum ein, z.B. durch gezielte Förderung von Modernisierung sowie von Bereinigung nicht mehr verwendbarer Bausubstanz.

Mittelgroße, kleine und Kleinstunternehmen sind der Motor der Wirtschaftsdynamik. Ihre Flexibilität ermöglicht es, schnell auf sich ändernde Gegebenheiten zu reagieren. Diese Unternehmen gilt es durch Planungssicherheit, gezielte Förderung und Entbürokratisierung zu unterstützen. Deshalb werden wir daran arbeiten, dass sich die Behörden noch mehr als Dienstleister verstehen.

- Wir unterstützen die gezielte Förderung im Bereich des Risikokapitals und der Darlehensvergabe. Es müssen förderpolitische Anreize, beispielsweise in Form unterstützender Bürgschaften und Eigenkapitalhilfen oder in Form eines durch öffentliche Mittel gespeisten PPP-Risikofonds (öffentlich-private Partnerschaft) für die erste Gründungsphase gesetzt werden. Die Voraussetzungen der Unterstützung durch Wagniskapital müssen verbessert werden. Dazu soll Sachsen die folgenden Vorschläge der Expertenkommission Forschung und Innovation (EFI) auf europäischer Ebene aktiv unterstützen: Rechtssicherheit bezüglich der Einordnung der Tätigkeit von Wagniskapitalgesellschaften schaffen, steuerliche Anreize setzen, restriktive Behandlung von Verlustvorträgen aufheben, einheitliche Regelungen für die Vermarktung von Risikokapitalfonds schaffen.
- Wir fördern (ggf. auch in Teilzeit) neugegründete Unternehmen im ländlichen Raum. Insbesondere setzen wir uns für die Schaffung innovationfördernder Infrastruktur, wie etwa „Coworking Spaces“, ein. Diese sollen in Zusammenarbeit von Wirtschaft und Kommunen an möglichst vielen Orten in Sachsen etabliert werden, um die Attraktivität des Standortes für Gründer – auch außerhalb Sachsens – zu erhöhen.
- Wir werden die Kreativwirtschaft als wichtigen Wirtschaftszweig mit Wachstumspotenzial im ländlichen Raum und in den Städten weiter fördern. Dazu wird das Starfög einen wichtigen Beitrag leisten.
- Wir unterstützen flexible Projektbeteiligung innerhalb sowie außerhalb der Heimatregion. Wir setzen uns für eine unterstützende Koordinierung und

gegebenenfalls Förderung für Klein- und Kleinstunternehmen ein, damit diese sich im Zusammenschluss ebenso an größeren Projekten beteiligen können.

Der Tourismus ist für die ländlichen Räume ebenso wie für die Städte im Freistaat Sachsen ein bedeutender Wirtschaftsfaktor. Die Angebote reichen von Flusskreuzfahrten, Wander- und Radwanderurlauben über Kultur- und Städtereisen bis hin zum Sport- und Eventtourismus. 2017 gab es in Sachsen so viele Übernachtungen wie niemals zuvor. Diesen Trend wollen wir fortschreiben und die wirtschaftlichen Potenziale des Tourismus auch zukünftig nutzen.

- Wir werden die Verzahnung von Stadt und Land vorantreiben und integrierte Angebote fördern, damit Städte und Umlandgemeinden gleichermaßen vom boomenden Städtetourismus profitieren.
- Wir setzen uns dafür ein, die berechtigten Umweltschutzzvorgaben und die weitere touristische Erschließung in ein vernünftiges Verhältnis zu bringen.
- Wir wollen eine weiterentwickelte Tourismusförderung für den Freistaat Sachsen erreichen. Dazu zählen eine aufeinander abgestimmte Infrastruktur, einheitliche Wegweisung oder auch miteinander verknüpfte digitale Informationssysteme zur Stärkung der sächsischen Tourismus-Destinationen vor allem im ländlichen Raum.
- Wir setzen uns für eine gezielte Förderung des themenzentrierten Tourismus ein, wie er beispielhaft in der Region Chemnitz/Zwickau als „Kulturregion der Industrie“ betrieben wird. Wir werden gezielt solche Projekte unterstützen, die sich auf den Weg zu einer „touristischen Destination“ machen.

3. Bildung und Wissenschaft

Wir befinden uns in einer Phase des Übergangs vom analogen in das digitale Zeitalter. Die damit einhergehenden Veränderungen sind tiefgreifend und betreffen alle Bereiche der Gesellschaft. Das Tempo dieser Veränderungen ist enorm. Unsere Aufgabe als politisch Verantwortliche ist es, die Herausforderungen anzunehmen, unser Land auf die kommenden Veränderungen gut vorzubereiten und bereit zu sein, neue Wege zu gehen.

Die beste Grundlage, um die Herausforderungen einer digitalen und zunehmend schwerer kalkulierbaren Zukunft zu meistern, ist ein angemessenes Bildungsniveau. Dabei müssen wir Bildung ganzheitlich begreifen und alle Altersgruppen einbeziehen. Deshalb müssen wir allen Menschen ermöglichen, sich auf die ständig veränderten Anforderungen der digitalen Arbeitswelt vorzubereiten. Die Fort- und Weiterbildung gewinnt unter diesem Aspekt eine zunehmende Bedeutung und muss gefördert werden.

Bildung umfasst weit mehr als angehäuftes Wissen. Sie muss auf einem festen Fundament stehen. Daher gehören für uns als Sächsische Union die Vermittlung christlicher und humanistischer Werte und eines Zugangs zu Kunst und Kultur zur Persönlichkeitsbildung nach unserem christlichen Menschenbild unbedingt dazu. Sie sind existenziell für den Zusammenhalt und das Zusammenleben in unserer Gesellschaft.

Bildung und Erziehung sind und bleiben für uns immer auch eine wichtige Aufgabe der Eltern. Sie schaffen die Grundlagen in der frühen Kindheit und begleiten ihre Kinder über lange Zeit auf dem schulischen Weg. Alle Anstrengungen zur Bildung sind besonders dann erfolgreich, wenn sie auf unterstützende Eltern zählen können.

Sowohl im frühkindlichen Bereich als auch bei den Schulen verfügt Sachsen neben den öffentlich getragenen Bildungseinrichtungen über eine Vielzahl freier Träger, die durch ihr Engagement und ihre Vielfalt in den Konzepten einen wertvollen Beitrag zur Bildung unserer Bevölkerung leisten.

Schulen in öffentlicher und in freier Trägerschaft sind gleichermaßen Adressaten des staatlichen Bildungsauftrages. Sie genießen unsere Wertschätzung und wir stehen für eine faire und gleichberechtigte Zusammenarbeit ein.

Ziele und Maßnahmen

Kindertagesstätten sind Bildungseinrichtungen. Sie vermitteln auf der Grundlage des Sächsischen Bildungsplans altersgerecht erste Lebenskompetenzen und begeistern die Kleinsten für Natur und Technik. Auf den Schultern der Kita-Pädagogen liegt eine hohe Verantwortung, denn sie sind eine wichtige Schnittstelle zu den Familien. Familienbildung und -beratung gewinnt aufgrund immer vielfältigerer, oft im familiären Umfeld zu verortender Probleme, wie z.B. sprachlicher und motorischer Defizite oder auch körperlicher und geistiger Verhaltensauffälligkeiten, an Bedeutung.

- Wir setzen uns dafür ein, dass die Arbeit der Erzieher und Hortpädagoginnen die ihr angemessene Wertschätzung erfährt. Neben der Gewährung von Vor- und Nachbereitungszeiten für die Fachkräfte sehen wir die Ermöglichung des Einsatzes von Personal mit therapeutischen Qualifikationen – das geeignet ist, den Kindern bei der Bewältigung bestehender Entwicklungsdefizite zu helfen – im Rahmen des Fachkräfteschlüssels (multiprofessionelle Teams) als zielführend an.
- Die Kommunen werden weiterhin bei der Schaffung ausreichender Betreuungsplätze unterstützt, um den Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz ab dem vollendeten ersten Lebensjahr zu erfüllen.
- Die zusätzliche personelle Unterstützung für Kindertagesstätten in sozialen Brennpunkten wollen wir auch zukünftig weiterführen. Wir unterstützen ebenfalls die

Einrichtung weiterer Eltern-Kind-Zentren als niedrigschwellige Beratungs- und Hilfsangebote für Eltern.

- Kinder mit Behinderung sind wertvolle Mitglieder unserer Gesellschaft. Sie brauchen kein Mitleid, sondern unsere Akzeptanz. Deshalb wollen wir sie so gut wie möglich in die Gemeinschaft integrieren. Dabei steht für uns im Mittelpunkt, was einerseits das Beste für das Kind ist und andererseits sinnvoll und leistbar ist. In unseren Kitas wird Inklusion bereits an vielen Stellen sehr erfolgreich gelebt. Im Bereich der Schule wollen wir Inklusion schrittweise und mit Augenmaß umsetzen und dafür zusätzliche personelle Unterstützung bereitstellen.

Sachsen zeichnet sich seit vielen Jahren durch ein qualitativ hochwertiges und stabiles, zweigliedriges Schulsystem aus. Dazu bekennen wir uns, denn seine Stabilität und Kontinuität sind die Basis für ein hohes Leistungsniveau der Schülerinnen und Schüler. Unsere Grundschulen sind Ausgangspunkt für einen gelingenden Start ins Schulleben, in unseren Oberschulen bilden wir das Rückgrat für die sächsische Wirtschaft aus und in unseren Gymnasien werden die Schülerinnen und Schüler fundiert für die Aufnahme eines wissenschaftlichen Studiums vorbereitet. Die Herausforderungen des digitalen Zeitalters müssen wir angehen.

- Wir wollen weiterhin eine solide Grundbildung in unseren Schulen, die sicherstellt, dass die Grundfertigkeiten des Lesens, Schreibens und Rechnens von allen beherrscht werden. Ebenso sind wichtige Kulturtechniken, wie etwa die Fähigkeit zu schwimmen, in der Schule zu vermitteln.
- Wir setzen uns für eine Überarbeitung der Lehrpläne ein, die neben der Allgemeinbildung den veränderten Anforderungen der Arbeitswelt sowie dem Einzug der Digitalisierung in die Bildung Rechnung trägt. Besonders praktische Programmierkenntnisse sollten in den Lehrplan aufgenommen werden. Das betrifft Inhalte und Methoden gleichermaßen. Beides ist rechtzeitig bei der Ausbildung junger Lehrerinnen und Lehrer an den Universitäten zu berücksichtigen.
- Wir wollen im Rahmen der schulischen Ausbildung dafür sorgen, dass Mathematik, Informatik, Naturwissenschaft und Technik (MINT) weiterhin eine starke Rolle spielen. Darüber hinaus anerkennen wir die Bedeutung einer umfassenden Medienbildung im Rahmen der Digitalisierung und stärken die politische Bildung und Vermittlung demokratischer Prinzipien.
- Wir setzen uns für eine verstärkte schulische Bildung zum Thema „Umgang mit sozialen Medien“ ein.
- Lernen funktioniert am besten in einer förderlichen Umgebung. Deshalb setzen wir uns dafür ein, weiterhin Investitionen in Schulen zu fördern, um diese baulich in einen guten

Zustand zu versetzen und dort, wo sie überlastet sind, neue zu errichten. Hierbei wollen wir die Kommunen in Zukunft stärker unterstützen.

- Die Anbindung aller Schulen an schnelles Internet und eine zeitgemäße Ausstattung mit digitaler Technik sehen wir als eine der wichtigsten Aufgaben der nahen Zukunft an, über die noch diskutiert werden muss. Die Schulträger wollen wir dabei mit Beratung und Förderung unterstützen. Parallel dazu halten wir ein Fortbildungsprogramm für Lehrkräfte zum Umgang mit der digitalen Technik für notwendig.

Ganztagsangebote haben sich an sächsischen Schulen fest etabliert, ergänzen den Unterricht, schaffen Freiraum für Kreativität und Sport und ermöglichen die zusätzliche Förderung sowohl leistungsstarker Schüler als auch derer mit Lernschwierigkeiten.

- Wir wollen Schulen in die Gemeinschaft in der Kommune noch besser einbinden und regionale Bildungslandschaften schaffen. Deshalb sehen wir in der Zusammenarbeit mit dem Schulträger sowie der Vernetzung mit örtlichen Vereinen oder der Wirtschaft bei der Ausgestaltung der Ganztagsangebote noch reichlich Potenzial.

Der Freistaat Sachsen hat ein sehr umfangreiches Programm mit vielen Verbesserungen für sächsische Lehrer beschlossen, um dem Lehrermangel wirksam zu begegnen.

- Bis die Maßnahmen wirksam werden, wollen wir alle Möglichkeiten nutzen, um Lehrer für den Dienst an sächsischen Schulen zu gewinnen. Da viele junge Lehrer den Einsatz an einer Schule in den urbanen Zentren bevorzugen, kommt es darauf an, dass bereits Praktika und Vorbereitungsdienst an Schulen im ländlichen Raum absolviert werden.
- Wir wollen erreichen, dass die Kommunen angehende Lehrkräfte binden und ihnen eine Lebensperspektive aufzeigen. Dazu sollen die Kommunen und das Landesamt für Schule und Bildung eng zusammenarbeiten.
- Wir werden weiterhin offensiv dafür werben, dass sich junge Lehrerinnen und Lehrer für den Dienst an einer Schule in Sachsen entscheiden. Deutschlandweit soll besonders dort, wo Lehrer über die Sommerferien entlassen werden, geworben werden. Gleiches gilt mit Blick auf sächsische Lehrer, die jetzt in anderen Bundesländern tätig sind.
- Zur Absicherung des Lehrkräftebedarfs an Berufsschulen setzen wir uns dafür ein, an der Technischen Universität Chemnitz in Kooperation mit der Technischen Universität Dresden die Ausbildung von Berufsschullehrern vor allem in technischen Berufen zu etablieren.
- Unser Schulnetz wollen wir stabil halten und dabei vor allem für kleine Schulen im ländlichen Raum die im Schulgesetz eröffneten Möglichkeiten nutzen. Die zentrale

Schulnetzplanung soll bei den Berufsschulen unter dem Aspekt der Stärkung des ländlichen Raumes durchgeführt werden. Regionale und branchenspezifische Besonderheiten sind dabei angemessen zu berücksichtigen.

- Wir unterstützen die Weiterentwicklung von Berufsschulzentren hin zu Beruflichen Kompetenzzentren für eine frühzeitige Berufs- und Studienorientierung sowie für die berufliche Fort- und Weiterbildung.

Im Freistaat Sachsen gibt es höchst attraktive Wissenschaftsstandorte. Die sächsischen Hochschulen zählen zu den besten bundesweit. Sie profitieren dabei von einer soliden Finanzierung und Planungssicherheit. Zudem sind sie im Rahmen der Exzellenzförderung des Bundes und bei Drittmittelanträgen ebenso wie bei der Beantragung von Mitteln aus den Rahmenforschungsprogrammen der Europäischen Union sehr erfolgreich.

- Wir setzen uns dafür ein, dass die Innovationsplattform futureSAX zur Innovationsagentur ausgebaut wird.
- Auch zukünftig werden wir die sächsischen Hochschulen mit einer guten Grundfinanzierung ausstatten und damit die Wissenschaftsstandorte stärken. Gleichzeitig wollen wir erreichen, dass sich die Einwerbung von Drittmitteln an den Hochschulen und außeruniversitären Forschungseinrichtungen weiter erhöht.
- Wir setzen uns für eine engere Verzahnung von Wissenschaft und regionaler Wirtschaft ein. Deshalb unterstützen wir gezielt die beiden Hubs in Dresden und Leipzig, die Stärkung der Forschungsaktivitäten an den Fachhochschulen und außeruniversitären Forschungseinrichtungen im Freistaat.
- Wir wollen Unternehmensgründungen aus den Hochschulen weiter forcieren. Dazu gehört, zum einen im Rahmen des Studiums für die Selbständigkeit zu werben und darauf vorzubereiten und zum anderen wissenschaftliche Patentanmeldungen zu unterstützen. Zudem ist der Wechsel aus dem Wissenschaftsbetrieb in die Unternehmertätigkeit durch Beratung bei den Möglichkeiten der Patentmitnahme voranzutreiben.
- Wir wollen eine Verbesserung der Studienangebote zum Thema Digitalisierung, Datensicherheit und Datenverarbeitung beispielsweise durch die neue Stiftungsfakultät an der Hochschule für Technik, Wirtschaft und Kultur Leipzig erreichen.
- Wir setzen uns dafür ein, Weiterbildungsangebote an unseren Hochschulen zum Beispiel mit einem auf die zeitlichen Möglichkeiten eines Berufstätigen abgestimmten Angebot zu stärken. Damit wollen wir erreichen, dass noch mehr Menschen von dem

Know-how der Hochschulen profitieren und ihre berufsspezifischen Fähigkeiten ausbauen können.

4. Verkehr, Infrastruktur und Bauen

Eine gute Infrastruktur ist die wesentliche Voraussetzung dafür, dass in Sachsen gutes Arbeiten und Wirtschaften möglich ist. Dazu zählen gut ausgebaute Straßen, eine funktionierende Anbindung an den Schienenverkehr und Öffentlichen Personennahverkehr. Dabei zeigen sich deutliche Unterschiede, aber auch abweichende Bedürfnisse zwischen den städtischen Ballungsräumen und den ländlichen Gebieten. Beidem ist ausreichend Beachtung zu schenken, insbesondere im Hinblick auf unterschiedliche Schwerpunkte bei der Verkehrsplanung. Den unterschiedlichen Erwartungen an ein gutes Lebensumfeld muss in allen Teilräumen Sachsens entsprochen werden. Hierbei ist auf Emissionsschutz zu achten. Die Erreichbarkeit der notwendigen Versorgungsinfrastruktur ist grundlegend.

Ziele und Maßnahmen

- Wir setzen uns dafür ein, dass der ÖPNV in den Ballungsräumen so gestaltet wird, dass die umliegenden Kommunen ebenfalls davon profitieren. Modelle wie das Regionalstadtbahn-System in Chemnitz oder das sehr gut ausgebaute S-Bahn-Netz in Leipzig sollen als Beispiele auch für andere Regionen dienen. Beim Betrieb soll modernste Technik zum Einsatz kommen. Es ist das Ziel, dass Sachsen durch die Umsetzung innovativer digitaler Betriebslösungen Pilotcharakter für andere Länder bekommt.
- Wir stehen für moderne Mobilitätskonzepte für den Nah- und Fernverkehr, um insbesondere der älter werdenden Bevölkerung die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben zu ermöglichen. Dazu brauchen wir eine Straßen-, Bahn- und ÖPNV-Weiterentwicklung. Diese muss es den Menschen ermöglichen, kostengünstig und mit engen Taktzeiten ihre Arbeitsplätze, ihre Sozial-, Bildungs- und Kultureinrichtungen vor Ort oder auch die nächste Mittel- oder Großstadt zu erreichen und wieder nach Hause zu kommen. In den Ballungsgebieten soll der Fokus besonders auf dem weiteren Ausbau der Infrastruktur liegen, der notwendig ist, um dem Zuwachs an Fahrgästen Rechnung zu tragen.
- Wir wollen das in den letzten Jahren bereits deutlich vereinfachte Tarifgefüge im Sinne der Nutzer weiter optimieren und Schwachstellen abbauen. Zudem wird angestrebt, die Tarif- und Beförderungsbestimmungen weiter zu harmonisieren. Vorstellbar ist, mittelfristig einen einheitlichen Dachtarif „Sachsentarif“ einzuführen. Die Bedürfnisse des ländlichen Raumes sollen dabei besonders berücksichtigt werden.

- Wir werden integrierte Verkehrskonzepte fördern, die unterschiedliche Verkehrsträger miteinander vernetzen, so etwa den Umstieg auf das E-Rad an städtischen Service-/Park-and-Bike-Stationen ermöglichen.
- Wir wollen die Einrichtungen der Daseinsvorsorge vor allem im ländlichen Raum stärken, um eine ausreichende Dichte und Vielfalt zu erreichen oder zu erhalten und ihre Erreichbarkeit zu sichern. Kommunen mit spezieller Prägung sollen die Möglichkeit der Entwicklung in diesem Bereich haben.
- Wir setzen uns dafür ein, den Stellenwert des kommunalen Einvernehmens bei Bauanträgen für Eigenheime sowie für den Um- und Ausbau vorhandener Bausubstanz im innerörtlichen Bereich von Gemeinden im ländlichen Raum zu erhöhen.
- Wir setzen uns dafür ein, dass unser stadtbildprägendes kulturelles Erbe als Teil unserer Geschichte und unserer Identität erhalten bleibt und wollen historische Bausubstanz für uns und unsere nachfolgenden Generationen als Orte der Erinnerung lebendig bleiben lassen. Dies darf aber nicht dazu führen, dass die vorgeschriebene Einvernehmensefordernis der unteren Denkmalschutzbehörden mit dem Landesamt für Denkmalpflege und Archäologie junge Familien und Bauwillige, die diese Bausubstanz erhalten und sanieren wollen, behindert oder sogar von ihren Vorhaben zurücktreten lässt.
- Befristet bis zum 31. Dezember 2019 können gemäß § 13b Baugesetzbuch Bebauungspläne für die Schaffung der planungsrechtlichen Zulässigkeit von Wohnnutzungen auch im Außenbereich mit einer Grundfläche von bis zu 10.000 m² im beschleunigten Verfahren aufgestellt werden, wenn sie an den Innenbereich oder andere Bebauungsplankulissen direkt anschließen. Wir regen beim Bund an, diese bisher nur temporäre Regelung des § 13b Baugesetzbuch zu verstetigen, um weiterhin maßvolle und moderate Entwicklungsmöglichkeiten im siedlungsnahen Außenbereich – im Sinne der Baulandoffensive/Wohnrauminitiative der Bundesregierung – zu ermöglichen.
- Die Städtebauförderung soll auch den ländlichen Raum unterstützen. Etwa die Hälfte der Bevölkerung im ländlichen Raum Sachsens wohnt in Orten ohne zentralörtliche Funktion. Für diese Orte ist jedoch eine Neuaufnahme in ein Programm der Städtebauförderung ausgeschlossen, da dies in Sachsen Gemeinden vorbehalten ist, die mindestens Grundzentren sind. Wir regen an, diese Prämisse zu streichen, um die Städtebauförderung ebenso für Kommunen ohne zentralörtliche Funktion zugänglich zu machen. Die zusätzliche Voraussetzung der Mindesteinwohnerzahl von 2.000 Bürgern bleibt davon unberührt.
- Die digitale Infrastruktur muss weiter ausgebaut werden. Die aktuellen Pilotprojekte zum Ausbau des Glasfasernetzes mit Hilfe des Trenching-Verfahrens beobachten wir und prüfen, ob dieses Verfahren ebenfalls für den flächendeckenden Ausbau angewandt werden kann. Dabei gilt es darauf zu achten, ob die Tiefe von 40 cm im

Vergleich zu den üblichen Medienanschlüssen in einer Tiefe von 80 cm sinnvoll und ausreichend ist. Es muss vor allem sichergestellt sein, dass bei Straßensanierungen oder Ausbesserungen der vorhandenen Leitungen keine Schäden an den neu gelegten Glasfasernetzen entstehen.

5. Gesundheit, medizinische Versorgung und Pflege

Sachsen hat von allen 16 Bundesländern die im Durchschnitt älteste Bevölkerung. Dadurch zeichnen sich demographiebedingte Trends in der gesellschaftlichen Entwicklung und damit einhergehende Probleme hier am ehesten ab, so im Bereich der medizinischen Versorgung und Pflege. Für die Sächsische Union war und ist das Auftrag, Antworten auf diese Fragen zu finden, Lösungen für die Zukunft zu bieten und Vorreiter für andere Länder zu sein. Die Gegebenheiten zwischen den urbanen Zentren und dem ländlichen Raum mit seinen Dörfern sowie kleinen und mittleren Städten unterscheiden sich erheblich. Deshalb kommt es darauf an, sowohl den individuellen Anforderungen der Regionen Rechnung zu tragen als auch Solidarität zwischen ihnen zu üben. Die großen Herausforderungen liegen besonders in der flächendeckenden medizinischen Versorgung der Bevölkerung des ländlichen Raumes sowie in der Pflege.

Ziele und Maßnahmen:

Medizinische Versorgung

Junge Ärzte zieht es vor allem in die großen Städte, weil sie sich dort eine höhere Lebensqualität versprechen. Arztpraxen auf dem Lande finden kaum noch Nachfolger, obwohl die jungen Mediziner die Arbeit in den kleineren Krankenhäusern oder in Landarztpraxen häufig nicht kennengelernt haben. Diesen jungen Menschen die Vorzüge des Lebens im ländlichen Raum zu vermitteln und sie zum Bleiben zu bewegen, ist unser Ziel.

- Sachsen verfügt mit den beiden Universitäten Dresden und Leipzig und den ihnen angeschlossenen Universitätskliniken über hervorragende Ausbildungseinrichtungen für angehende Ärzte. Dieses Potenzial wollen wir noch besser nutzen, indem auch in Chemnitz in Kooperation mit der TU Dresden die medizinische Ausbildung in Form eines Modellstudiengangs eingerichtet werden soll. Darüber hinaus sollen möglichst viele Krankenhäuser im ländlichen Raum als Ausbildungskrankenhäuser in die praktische Ausbildung junger Ärzte einbezogen werden.
- Die Kassenärztliche Vereinigung Sachsen ist für die Sicherstellung der ambulanten medizinischen Versorgung verantwortlich. Gemeinsam mit ihr wollen wir erreichen, dass sich noch mehr niedergelassene Ärzte an der Ausbildung jungen Mediziner beteiligen, um sie eventuell als potenzielle Praxisnachfolger zu gewinnen. Über Ausbildungsverbände soll die praktische Ausbildung im Krankenhaus und in Arztpraxen kombiniert werden.

- Stipendienprogramme für Landärzte und die Förderung von Praxisgründungen bzw. -übernahmen wollen wir in Abstimmung mit der Kassenärztlichen Vereinigung Sachsen fortführen und zielgerichtet weiterentwickeln.
- Die bisherige Struktur der klaren Trennung zwischen ambulanter und stationärer Versorgung ist nicht zukunftsfähig. Zur flächendeckenden medizinischen Versorgung werden wir die sektorübergreifende beziehungsweise -verbindende Kooperation in Zusammenarbeit mit der Selbstverwaltung weiter ausbauen.
- Wir wollen die Einrichtung kommunaler Gesundheitszentren zum Beispiel als Medizinische Versorgungszentren (MVZ) unterstützen. Die Träger der Gesundheitszentren bieten den Ärzten attraktive Anstellungs- und Arbeitsbedingungen, sorgen für die Vereinbarkeit von Beruf und Familie und kümmern sich bei Bedarf sogar um Wohnraum oder eine Arbeit für den Partner. Durch verlängerte Öffnungszeiten und die Kombination verschiedener Dienstleistungen lässt sich so die Versorgungsqualität im ländlichen Raum verbessern.

Bessere interdisziplinäre Zusammenarbeit im Gesundheitssektor

- Mit der Weiterentwicklung von Gesundheitszentren zu telemedizinischen Zentren wollen wir die flächendeckende wohnortnahe Versorgung überall im ländlichen Raum absichern.
- Projekte wie AGnES (Arztentlastende, gemeindenaher, e-health-gestützte, systemische Intervention) oder VERAH (Versorgungsassistentin in der Hausarztpraxis) sollen zügig und flächendeckend begonnen werden. Diese besonders qualifizierten Gesundheits- und Krankenpfleger oder Arztassistenten arbeiten vor Ort in den Gemeinden und entlasten den behandelnden Arzt von Routineaufgaben, stehen für Erstkontakte zur Verfügung und übernehmen das Terminmanagement.
- Mit der Einrichtung des Studiengangs „Physician Assistant“ an der Berufsakademie Plauen hat Sachsen bereits vor einigen Jahren mit der Ausbildung akademisch qualifizierter Pflegefachkräfte begonnen. Dies wollen wir weiter ausbauen und die Berufsakademie Plauen im Bereich der Life-Sciences profilieren.
- Wir fördern die notwendigen gesetzlichen Änderungen für Erlaubnis und Vergütung von telemedizinischen Behandlungsmethoden und Dienstleistungen im Gesundheitswesen, um für pflegerisches, therapeutisches wie ärztliches und pharmazeutisches Fachpersonal zeitgemäße Arbeitsbedingungen zu schaffen und Nachwuchsförderung im Gesundheitswesen zu betreiben. Ein spezielles Augenmerk soll dabei auf der Verzahnung von niedergelassenen Leistungserbringern wie Ärzten,

ambulanten Pflegekräften, Physiotherapeuten sowie Apothekern untereinander und mit den stationären Einrichtungen liegen. Dazu wollen wir die Bedingungen für eine sichere digitale Datenübermittlung schaffen, bei der die Versorgung der Patienten im Mittelpunkt steht.

- Wir wollen Dokumentationspflichten im Gesundheitssystem überprüfen und sachgerechter ausgestalten.

Entbindungspflege

Wir möchten, dass alle Menschen in Sachsen von der Feststellung der Schwangerschaft bis zur Geburt gut versorgt sind. Dazu leisten Hebammen und Entbindungspfleger eine Arbeit von unschätzbarem Wert.

- Wir wollen deshalb dazu beitragen, dass in Sachsen auch in Zukunft eine flächendeckende Versorgung gewährleistet wird und alle Hebammen ihre Aufgaben in Schwangerenvorsorge, Geburtshilfe, Wochenbettbetreuung und als Familienhebammen erfüllen können.
- Wir prüfen, wie Hebammen und Entbindungspfleger bezüglich der sehr hohen Berufshaftpflichtversicherungsbeiträge unterstützt werden können.
- Wir wollen den Arbeitsmarkt für Hebammen, Pflegekräfte und Therapeuten aus anderen Ländern attraktiver machen, um dem Personalmangel auch so entgegenzutreten.

Gesundheitswirtschaft als wichtiges Zugpferd für Sachsens Wirtschaft

Die Gesundheitswirtschaft in Sachsen stellt mit einem Volumen von über 13 Milliarden Euro sowie weiteren fünf Milliarden Euro an mittelbarer Wertschöpfung einen wesentlichen volkswirtschaftlichen Faktor dar. Knapp jeder sechste Erwerbstätige in Sachsen arbeitet in der Gesundheitswirtschaft, die Tendenz zeigt weiter nach oben. Wir wollen daher die Gesundheitswirtschaft weiter stärken. Kooperationen der einzelnen Branchenakteure und Strukturen zur Innovationsförderung (Inkubatoren, Acceleratoren sowie Wissenstranslation) sind daher ebenso weiter auszubauen wie Initiativen mit Vertretern aus Politik und Gesundheitswirtschaft in Sachsen. Die nun stattfindende Stärkung der sächsischen Gesundheitscluster wird dazu ein wichtiger Meilenstein sein. Gleichwohl müssen wir auch überregional die wirtschaftliche und politische Bedeutung stärker in den Blickpunkt rücken. Langfristig soll deutlich werden, dass Sachsen bundesweit in der Spitzengruppe der Gesundheitswirtschaft steht.

Apotheken

Apotheken sind ein unverzichtbarer Bestandteil der medizinischen Versorgung unserer Bevölkerung in Stadt und Land.

- Wir werden uns dafür einsetzen, dass das Verbot des Versandhandels mit verschreibungspflichtigen Arzneimitteln zügig gesetzlich umgesetzt wird.
- Wir wollen die Apotheken im ländlichen Raum stärken und setzen uns dafür ein, dass diese sich mit weiteren Angeboten in die Sicherstellung der medizinischen Versorgung einbringen können.
- Die Sächsische Union bekennt sich zur Apothekerausbildung im Freistaat Sachsen und unterstützt insbesondere den Erhalt und Ausbau der Ausbildung am Standort Leipzig.

Pflege- und Therapieberufe

Unser hoher Lebensstandard und sich ständig verbessernde medizinische Präventions- und Behandlungsmethoden haben erfreulicherweise dazu geführt, dass die Menschen zunehmend älter werden. Doch mit wachsendem Durchschnittsalter der Bevölkerung steigt ebenfalls die Zahl derer, die auf Unterstützung im Alter angewiesen sind. Die Ausweitung der Leistungen der Pflegeversicherung unter anderem für Menschen mit Demenzerkrankungen ist für die Betroffenen und ihre Familien eine große Hilfe, die auch durch qualifiziertes Pflegepersonal abgesichert werden muss. Während sich etwa ein Drittel aller Pflegebedürftigen in stationärer Pflege befindet, werden die verbleibenden zwei Drittel der zu pflegenden Menschen im häuslichen Umfeld versorgt, oft durch Familienangehörige. Unser Ziel ist es, Menschen so lange wie möglich ein selbstbestimmtes Leben in ihrem gewohnten häuslichen und sozialen Umfeld zu ermöglichen und pflegende Angehörige zu entlasten.

- Oft kennen die Betroffenen beziehungsweise deren Angehörige die vorhandenen Möglichkeiten nicht. So werden zum Beispiel solche Instrumente wie Nachbarschaftshelfer und Alltagsbegleiter noch zu wenig in Anspruch genommen. Dabei bieten die Pflegekoordinatoren in den Landkreisen schnelle und kompetente Hilfe in akuten Situationen. Auch im Internet kann man sich umfassend über Pflegeangebote informieren. Wir werden dafür sorgen, dass die Bekanntheit dieser Unterstützungsmöglichkeiten durch öffentlichkeitswirksame Aktionen weiter verstärkt wird.
- Wir werden die Pflegeberatung mit dem Ziel weiter ausbauen, dort Beratungsstellen in den Sozialräumen zu schaffen, wo Ansprechpartner eine umfassende Beratung anbieten können.

- Wir setzen auf eine verstärkte Kooperation zwischen Gesundheits- und Pflegeeinrichtungen, um die Betreuung von pflegebedürftigen Menschen im Allgemeinen und im Besonderen von Menschen mit Demenz weiter zu verbessern. Die Errichtung von (Demenz-) Tagespflegeeinrichtungen, Kurzzeitpflegeeinrichtungen und Demenz- beziehungsweise Alters-WGs wollen wir unterstützen. Damit wollen wir eine wohnortnahe und den besonderen Bedürfnissen dieser Menschen entsprechende Versorgung ermöglichen und gleichzeitig die pflegenden Angehörigen entlasten.
- Gute Pflege braucht gutes Pflegepersonal – in ausreichender Zahl und mit entsprechender Qualifikation. Hier liegt in der kommenden Zeit ein Handlungsschwerpunkt, den wir gemeinsam mit dem Bund, den Kassen und den Pflegedienstleistern in Angriff nehmen müssen. Die Sächsische Union wird sich für eine angemessene Bezahlung einsetzen, um die Arbeitsbedingungen und das Einkommen professionell Pflegenden zu verbessern.
- In Erwartung des steigenden Bedarfs wollen wir im Ausland gezielt um Pflegefachkräfte werben, insbesondere in Ost- und Südosteuropa. Prüfungs- und Bearbeitungszeiten von Anträgen auf Anerkennung ausländischer Berufsabschlüsse im Gesundheitswesen bis einschließlich der Erteilung der Berufserlaubnis sollen zukünftig nicht länger als drei Monate dauern. Dazu soll geprüft werden, wie das Verfahren der automatischen Anerkennung über den Europäischen Berufsausweis (EBA) auf alle Assistenz-, Pflege- und Therapieberufe ausgeweitet und beschleunigt werden kann. Damit wollen wir erreichen, dass medizinische, pflegerische und therapeutische Fachkräfte aus dem EU-Ausland schneller im deutschen Gesundheitswesen arbeiten dürfen.
- Die Ausbildung der Pflegekräfte und Therapeuten muss in Sachsen gewährleistet werden und soll für die Auszubildenden kostenfrei sein. Vor dem Hintergrund der wachsenden Anforderungen in Verbindung mit der Digitalisierung/Telemedizin wollen wir rasch die Einrichtung eines BA-Studienganges „Advanced Nursing Practice“ für Pflegefachkräfte an der Studienakademie Plauen prüfen. Zudem wollen wir prüfen, wie der BA-Studiengang „Physician Assistant“ um Module für die Gemeindepflege erweitert werden kann. Das häufig zu zahlende Schulgeld in pflegerischen und therapeutischen Berufsausbildungen (z.B. Sozialassistent, Heilerziehungspfleger, Physiotherapeut) wollen wir abbauen. Ebenso setzen wir uns für eine Vergütung der Auszubildenden auch in Ausbildungsgängen wie der Pflegehilfskraft ein.
- An den Schulen soll im Rahmen der Berufsorientierung offensiv für eine Ausbildung in der Pflege geworben werden. Dabei sollen vor allem Jungen und Männer für die Pflegeberufe begeistert werden.

6. Kommunale Finanzen

Die kommunale Selbstverwaltung ist ein hohes Gut. Die sächsischen Landkreise, Städte, Gemeinden und Ortschaften organisieren und gestalten wesentliche Teile der öffentlichen Daseinsvorsorge eigenverantwortlich. Die Erfolge sind überall im Freistaat sichtbar. Die Sächsische Union bekennt sich ausdrücklich zur Bewahrung der vorhandenen Gebietsstrukturen. Eine weitere Gemeindegebietsreform wird es mit uns nicht geben. Wir haben uns außerdem mit der letzten Novelle der Sächsischen Gemeindeordnung klar zu den Ortschaften und Stadtbezirksbeiräten bekannt.

Voraussetzung für die Gestaltungskraft der kommunalen Ebene ist nicht zuletzt eine auskömmliche Finanzausstattung. Das Sächsische Finanzausgleichssystem ist dabei bundesweit beispielgebend für eine gerechte und transparente Verteilung der Steuermittel zwischen dem Freistaat und den Kommunen. Deshalb wollen wir an diesem bewährten System grundsätzlich festhalten.

Gleichwohl hat sich gezeigt, dass gerade kleine Gemeinden oder Gemeinden mit besonderen struktur- und demographiebedingten Herausforderungen allein mit den eigenen Einnahmen und den Zuweisungen aus dem kommunalen Finanzausgleichssystem ihre Aufgaben nicht immer umfänglich erfüllen können.

Ziele und Maßnahmen

- Wir wollen außerhalb des kommunalen Finanzausgleichs über eine Basis- bzw. Sockelfinanzierung für kleine Gemeinden sicherstellen, dass sowohl die Pflichtaufgaben als auch in angemessenem Umfang freiwillige Aufgaben erfüllt werden können und eine Teilnahme an Förderprogrammen nicht an den notwendigen Eigenmitteln scheitert.
- Daneben wollen wir die Gemeinden mit besonderen strukturellen und demographiebedingten Herausforderungen, die sich zum Beispiel bei dünn besiedelten Flächengemeinden oder von starker Abwanderung betroffenen Regionen ergeben, mit speziellen Förderprogrammen unterstützen. Dem Ansatz eines am konkreten Bedarf orientierten Finanzausgleichs wird das sächsische Finanzausgleichsgesetz (FAG) derzeit insbesondere durch die investiven Zweckzuweisungen gerecht, zum Beispiel bei der Feuerwehrförderung. Daran wollen wir festhalten.
- Gleichzeitig sollen die Kommunen mehr Eigenverantwortung bei der Verwendung von Finanzmitteln erhalten, denn vor Ort weiß man am besten, welche Investitionen benötigt werden. Deshalb soll der Freistaat den bereits eingeschlagenen Weg, Pauschalen an die Kommunen auszureichen, weiter fortsetzen.

- Die Einführung von Regionalbudgets ist zu prüfen. Damit stärken wir die Gestaltungsfreiheit der Kommunen und es ist ein Beitrag, unnötige Bürokratie abzubauen. Die bestehenden Förderverfahren sind zudem zu straffen und zu vereinfachen.
- Kommunale Eigenverantwortung heißt auch kommunale Einnahmebeschaffung. Wir wollen, dass die Kommunen nicht nur am „Tropf“ des Freistaates hängen, sondern weiterhin ihre individuellen Chancen nutzen, die eigene Einnahmesituation zu verbessern, was regelmäßig mit einer erfolgreichen Entwicklung der Gemeinde insgesamt einhergeht.
- Dazu gehört es insbesondere, attraktive Bedingungen für Gewerbebetriebe und den Zuzug neuer Einwohner in die Gemeinde zu schaffen bzw. zu erhalten. Deshalb halten wir es für richtig und notwendig, dass eine Gemeinde von einer erfolgreichen Entwicklung, zum Beispiel über die Gewerbesteuererinnahmen oder den Anteil an der Einkommenssteuer, spürbar profitiert. Es gilt, dies weiter zu befördern und zu unterstützen. Wir wollen deshalb die Erhöhung des nicht auf die Schlüsselzuweisungen anzurechnenden Teils der Gewerbesteuer prüfen.
- Außerdem wollen wir die Wettbewerbsfähigkeit der sächsischen Kommunen im bundesweiten Wettbewerb um Gewerbeansiedlungen mit Blick auf den „Standortfaktor Gewerbesteuer“ verbessern. Die ausschließliche und unkontrollierte Orientierung am Nivellierungshebesatz im System des Finanzausgleichs führt zunehmend stärker zu einer Gewerbesteuerspirale, die für die Ansiedlung von Investitionen oder deren Erweiterungen wenig dienlich ist. Wir sollten daher verhindern, dass wir unsere Konkurrenzfähigkeit unter den Flächenländern durch einen Spitzenplatz bei der Höhe der Gewerbesteuer selbst gefährden. Die Steuerungskriterien müssen deshalb neu justiert werden.
- In den vergangenen Jahren sind die Aufgaben der kommunalen Ebene immer umfangreicher und komplexer geworden. Es wäre aber der falsche Weg, den Kommunen Kompetenzen zu entziehen. Wir bekennen uns klar zum Prinzip der Subsidiarität. Es geht darum, die kommunale Verwaltungskraft zu stärken und unnötige Bürokratie abzubauen. Dazu gehört, dass die bereits umfangreichen Möglichkeiten der interkommunalen Zusammenarbeit stärker genutzt werden müssen. Dies gilt nicht zuletzt für die Digitalisierung der Verwaltung. Hierbei soll der Freistaat die Kommunen noch stärker unterstützen.
- Mit Einführung der kommunalen Doppik sind die Herausforderungen der Zukunft, insbesondere künftige Investitionsbedarfe, transparenter geworden. Die gesetzlichen Anforderungen an eine angemessene Zukunftsvorsorge durch die Erwirtschaftung von Abschreibungen für neue Investitionen sollen im Jahre 2023 überprüft werden. Das halten wir für den richtigen Weg.

7. Land-, Forst- und Fischereiwirtschaft

Die sächsische Land-, Forst- und Fischereiwirtschaft sichert Arbeitsplätze und Wertschöpfung im ländlichen Raum, prägt im Besonderen unsere sächsische Kulturlandschaft und ist ein verlässlicher Partner im Bereich des kooperativen Naturschutzes.

Sächsische Land-, Forst- und Fischereiwirtschaftsbetriebe sind modern, innovativ, konkurrenzfähig und tragen ein hohes Maß an Verantwortung für Boden, Landschaft und Tierwohl. Sie sichern die Versorgung der Bevölkerung mit hochwertigen Lebensmitteln und der Wirtschaft mit wichtigen nachwachsenden Rohstoffen, was mit Blick auf den Klimawandel deutlich an Bedeutung gewinnen wird. Die Sächsische Union unterstützt die Land-, Forst- und Fischereiwirtschaft in ihren Bestrebungen, ihre Marktsituation auch in schwierigen Phasen zu sichern und auszubauen sowie durch weitere Innovationen zu verbessern.

Ziele und Maßnahmen

- Wir treten dafür ein, dass Sachsen ein Land einer vielgestaltigen, diversifizierten, umweltgerechten und regional verankerten Landwirtschaft sowie einer multifunktionalen Forstwirtschaft ohne Diskriminierung einzelner Betriebsformen bleibt.
- Wir setzen uns dafür ein, dass das Bild der Land-, Forst- und Fischereiwirtschaft in der gesellschaftlichen Diskussion um Umwelt- und Naturschutz sowie Tierwohl realistischer dargestellt und sie als Garant unserer Versorgungssicherheit entsprechend wertgeschätzt wird. Unsere Land-, Forst- und Fischereiwirte gehen verantwortungsvoll mit den ihnen zur Verfügung stehenden Ressourcen um. Dafür gebührt ihnen vor allem der notwendige gesellschaftliche Respekt. Deshalb sind Einbrüche in Stallungen als Straftatbestand zu definieren.
- Wir wollen, dass Land-, Forst- und Fischereiwirte eine gute wirtschaftliche Perspektive haben, sicher und langfristig ihren Lebensunterhalt verdienen und viele Arbeitsplätze besonders im ländlichen Raum sichern und schaffen können. Wir setzen uns für eine verlässliche Förderung auf Landes-, Bundes- und europäischer Ebene unabhängig von der Betriebsgröße ein und werden auf allen Ebenen für den Bürokratieabbau kämpfen. Grundlage ist das europaweit anerkannte Bürokratieabbaukonzept des SMUL „ELER-Reset“.
- Wir treten dafür ein, dass auf Bundesebene die Einführung einer Risikoausgleichsrücklage umgesetzt wird, um auch in schwierigen wirtschaftlichen Situationen eine stabile Basis zur Überbrückung von nicht beeinflussbaren Einnahmeausfällen zu ermöglichen.

- Wir sorgen dafür, dass die sächsischen Land-, Forst- und Fischereiwirte als Partner des Naturschutzes im Freistaat Sachsen gestärkt werden. Besonders im kooperativen Naturschutz arbeiten Naturschutzorganisationen und Land-, Forst- und Fischereiwirtschaftsunternehmen vertrauensvoll zusammen, um Umweltbelange und Lebensmittelproduktion in Einklang zu bringen. Diese Partnerschaft wollen wir weiter ausbauen.
- Wir werden den Freistaat Sachsen als Innovationsland im Bereich der Land-, Forst- und Fischereiwirtschaft sowie der Umwelttechnik noch stärker entwickeln. Wir unterstützen dabei die Zukunftsinitiative des Sächsischen Staatsministeriums für Umwelt und Landwirtschaft „simul“. Die bestehende Forschungslandschaft, bestehende Netzwerke und innovative Unternehmen ermöglichen es uns, für die sächsische Land-, Forst und Fischereiwirtschaft einen entscheidenden Marktvorteil herauszuarbeiten. Wir wollen Sachsen zu einem deutschen Innovations-Hub für „smart farming“ und Digitalisierung in der Land-, Forst und Fischereiwirtschaft mit Unterstützung des Freistaats, des Bundes und der Europäischen Union entwickeln.

8. Natur und Umwelt

Der aus christlicher Verantwortung abgeleitete Auftrag zur Bewahrung der Schöpfung bestärkt uns in der Aufgabe, die Natur als Quelle der Existenz, des Wohlbefindens und der Kultur zu erhalten und weiter zu entwickeln. Hierfür sind wirksame Anpassungs- und Handlungsstrategien, die im Spannungsfeld von Natur – Wirtschaft – Gesellschaft die Erhaltung der Umwelt garantieren, unsere wichtigste Zielstellung.

Seit 1990 hat es in der Regierungsverantwortung der CDU in Sachsen erhebliche Anstrengungen gegeben, um den Zustand der Umwelt wieder zu verbessern. Auch weiterhin sehen wir unsere Verantwortung darin, den Bürgern des Landes saubere Luft, qualitativ hochwertiges Trinkwasser, eine moderne Restabfallbehandlung und Wertstoffgewinnung, gesunde und leistungsfähige Böden aber auch eine reiche und intakte Natur als Grundlage guter Lebensbedingungen zu sichern.

Ziele und Maßnahmen

- Die erheblichen Anstrengungen zur Erhaltung der Artenvielfalt von Flora und Fauna sind vor allem auch außerhalb unserer Schutzgebiete in der genutzten Kulturlandschaft zu verstärken, um den Verlust von Lebensräumen und damit verbunden der Artenvielfalt zu begrenzen.
- Zur Erreichung dieses Zieles werden wir die Biotopvernetzung im Sinne des gesetzlichen Auftrags weiterführen und damit durch kooperativen Naturschutz, abgestimmt zwischen Naturschützern, Landnutzern und der kommunalen Ebene, zur dauerhaften Sicherung der Populationen (Biodiversität) beitragen.

- Wir unterstützen die ehrenamtliche Tätigkeit der Umwelt- und Naturschutz- sowie Landschaftspflegeverbände und setzen uns dafür ein, dass auch zukünftig die erforderlichen Mittel für Maßnahmen und Projekte zur Verfügung gestellt werden, um die Ziele des Naturschutzes im Freistaat Sachsen zu erfüllen.
- Wir werden weiterhin die Entwicklung und Sicherung unserer Schutzgebiete in hohem Maße sowohl finanziell als auch strukturell unterstützen. Neben den Großschutzgebieten „Nationalpark Sächsische Schweiz“ und dem Biosphärenreservat „Oberlausitzer Heide- und Teichlandschaft“ werden wir die Landkreise bei der Entwicklung der Naturparks „Erzgebirge/Vogtland“, „Dübener Heide“ und „Zittauer Gebirge“ unterstützen. Diese durch vielfältige Nutzung und Naturbedingungen geprägten Räume bieten zugleich beste Voraussetzungen für nachhaltigen Tourismus und langfristig gesicherte Regionalentwicklung.
- Wir setzen uns für einen realistischen Umgang mit dem wieder im Freistaat beheimateten Wolf in Sachsen ein, der sowohl dem Schutz der Art als auch den Problemen der Landwirte und Tierhalter Rechnung trägt. Dafür müssen wir den Schutz von Weidetieren und die staatliche Unterstützung der Tierhalter weiterentwickeln. Nur so kann die Akzeptanz für den Naturschutz in den betroffenen Regionen gesichert werden.
- Unsere Gewässer haben eine positive Entwicklung genommen. Damit diese anhält, konzentrieren wir uns auf die weitere Minimierung der noch zu hohen stofflichen Einträge von Stickstoff, Phosphor u.ä. in das Oberflächen- und Grundwasser sowie auf den beschleunigten Rückbau noch vorhandener Querverbauungen in den Flussläufen. Unser Ziel ist die Erfüllung der EU-Wasserrahmenrichtlinie bis 2027.
- Unsere Talsperren leisten einen wichtigen Beitrag zur Versorgung unserer Bevölkerung mit qualitativ hochwertigem Trinkwasser sowie zur Versorgung der Wirtschaft mit ausreichend Brauchwasser. Vor dem Hintergrund zunehmender Klimaveränderungen ist eine Erweiterung des bestehenden Verbundsystems der Talsperren zu prüfen, um regionale Ungleichheiten von Niederschlagsereignissen besser auszugleichen.
- Neben der Versorgung mit Trink- und Brauchwasser setzen wir uns weiterhin für den kontinuierlichen Ausbau des Hochwasserschutzes ein. Die nach den Hochwasserereignissen von 2002, 2010 und 2013 durchgeführten Maßnahmen zum Hochwasserschutz haben die Sicherheit unserer Bürger deutlich verbessert. Auch zukünftig werden wir alle geplanten und wirtschaftlich umsetzbaren Maßnahmen finanziell absichern, damit Schäden durch Hochwasser von unserer Bevölkerung abgewendet werden kann. Daneben setzen wir uns auf Bundesebene dafür ein, die private Hochwasservorsorge zu unterstützen und Bürger bei Maßnahmen zum Schutz ihres Eigentums zu fördern.

- Trotz der in einem relativ kurzen Zeitraum grundhaft verbesserten lufthygienischen Situation im Freistaat Sachsen stellen noch immer auftretende Grenzwertüberschreitungen bei Feinstaub, Stickoxiden und örtlich bei Ozon eine nicht übersehbare Herausforderung dar, die sich in besonderer Weise auf die Verdichtungsgebiete konzentriert. Wegen der gesundheitsschädigenden Auswirkungen werden wir die Kommunen bei der Einhaltung und Umsetzung ihrer Luftreinhaltepläne langfristig unterstützen
- Wir sprechen uns vehement gegen pauschale Dieselfahrverbote in sächsischen Städten aus.
- Aus Messprogrammen wissen wir, dass noch circa 15 Prozent der Bevölkerung ganztägig gesundheitsrelevantem Industrie- und vor allem Verkehrslärm ausgesetzt sind, aber auch Lärmquellen aus Sport- und Freizeitaktivitäten zu Konflikten führen. Daher wollen wir die Kommunen bei der Umsetzung der EU-Umgebungslärm-Richtlinie verstärkt unterstützen, weil die Festlegungen von Lärminderungsstrategien vorrangig in der Bauleitplanung zu verankern sind.
- Ein in der Öffentlichkeit stark diskutiertes Problem ist die erkennbare Nichterfüllung unserer eigenen sächsischen Zielstellung zum Flächensparen. Das im Landesentwicklungsplan und in Koalitionsvereinbarungen festgeschriebene Ziel, den Flächenverbrauch auf <math>< 2 \text{ ha/Tag}</math> zu begrenzen, ist für uns nach wie vor eine schnellstmöglich zu erreichende Vorgabe. Vor allem auch als Beitrag zum Bodenschutz (Produktions- und Erholungsflächen) werden wir uns dafür einsetzen, dass die bestehenden Landesprogramme zum Flächensparen zum Beispiel bei Investitionsvorhaben konsequenter umgesetzt werden.

9. Kultur

Sachsens kulturelle Vielfalt ist einzigartig und für viele Menschen ein wichtiger Teil ihrer Identität und ein Stück Heimat. Der Freistaat Sachsen hat im Vergleich der Bundesländer eines der dichtesten Kulturangebote. Er ist daher seit Jahren das Flächenland mit den höchsten Pro-Kopf-Ausgaben für Kultur bundesweit.

Ziele und Maßnahmen

Unser Ziel ist es, dieses breite kulturelle Angebot im Freistaat Sachsen sowohl im ländlichen Raum als auch in den Städten flächendeckend zu erhalten. Grundlage dafür ist das seit 1994 bestehende und in diesem Jahr novellierte Sächsische Kulturraumgesetz. Es regelt in einer bundesweit einmaligen Form die Finanzierung von Kultur in den Regionen als eine solidarische Finanzierung zwischen Land und kommunaler Ebene. Es bildet damit eine stabile Basis für die kommunale Verankerung von Kultur.

- Kultur braucht langfristig sichere Bedingungen. Deswegen setzen wir uns auch in Zukunft für eine auskömmliche Finanzierung ein, die die Themen Qualität, Wirkung in der Region, kulturelle Bildung und Nachhaltigkeit im Blick hat.
- Die Sächsische Union wird das Sächsische Kulturraumgesetz mit Blick auf Qualitätssteigerung und Planungssicherheit weiterentwickeln.
- Wir wollen die Bedingungen für die private Kulturförderung zum Beispiel durch Stiftungen fördern, indem die ergänzende, private Unterstützung im Kulturbereich erleichtert wird.
- Im Jahr 2020 finden im Freistaat Sachsen das Jahr der Industriekultur und die Landesausstellung zu diesem Thema statt. Wir wollen diese Gelegenheit nutzen, die Industriegeschichte Sachsens und die Potenziale für die heutige Zeit in den Regionen darzustellen.
- Kulturelle Kooperationen über Ländergrenzen hinweg sollen weiterhin zur guten Nachbarschaft mit Polen und Tschechien beitragen.
- Muttersprache ist für uns ein Bestandteil von Kultur. Sie dient nicht nur der kulturellen Verständigung, sondern sorgt für Vertrautheit und Verbundenheit. Eine besondere Heimatverbundenheit schaffen unsere Mundarten. Ihre Bewahrung und Pflege in den Heimatvereinen und im Alltag ist uns ein besonderes Anliegen.

10. Eltern, Familien und gesellschaftliches Engagement

Familien und Kinder sind die Grundlage unseres Gemeinwesens. Sie sind besonders zu schützen und zu fördern. Wir müssen dafür sorgen, dass sich Familie und Beruf in unserem Land gut miteinander vereinbaren lassen. Der Freistaat Sachsen ist bereits auf einem guten Weg, die Zahl der Geburten ist in den vergangenen Jahren kontinuierlich gestiegen. Unser Ziel ist es, in Sachsen durch eine umfassende Kinderbetreuung und exzellente Voraussetzungen für Familien die Zahl der hier geborenen Kinder weiter zu erhöhen. Dazu werden wir ein Klima schaffen, in dem es jungen Menschen leicht gemacht wird, sich ihren Kinderwunsch zu erfüllen.

Ziele und Maßnahmen

- Wir setzen uns für eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf ein. Dazu brauchen wir unter anderem eine weitere Flexibilisierung der Öffnungszeiten von Kindergärten, Kinderkrippen und Schulhorten.

- Wir setzen uns dafür ein, dass Landeserziehungsgeld auf eine größere Gruppe von Familien auszuweiten, indem wir die Einkommensgrenzen ab dem Jahr 2019 nach oben korrigieren. Zukünftig soll das Erziehungsgeld bis zu einem Jahresnettoeinkommen von 24.600 Euro bei Paaren und 21.600 Euro bei anderen Berechtigten gezahlt werden. Die Einkommensgrenze erhöht sich in beiden Berechtigungsgruppen um jeweils 3.140 Euro für jedes weitere Kind.

Wer sich in der Freizeit, beispielsweise in der Kommune, als Parteimitglied, in der Kirchengemeinde, im Sport, im kulturellen Bereich, in der Seniorenbetreuung oder in der Jugendarbeit, im Katastrophenschutz oder in der Freiwilligen Feuerwehr engagiert, hilft anderen. Ehrenamtliches Engagement ist Ausdruck einer Wir-Gesellschaft. Es geschieht überwiegend unentgeltlich und verdient deswegen sehr hohe ideelle und gesellschaftliche Anerkennung. Insbesondere jungen Menschen und Arbeitnehmern sollte ehrenamtliche Arbeit erleichtert werden.

Ziele und Maßnahmen:

- Wir setzen uns bei den Arbeitgebern dafür ein, durch flexible Arbeitszeit ehrenamtliches Engagement zu fördern und ihre Mitarbeiter nicht zuletzt im eigenen Interesse zu unterstützen. Besonderes Augenmerk gilt dabei beispielsweise der Ehrenamtsarbeit in den Bereichen Soziales und Pflege, Freiwillige Feuerwehren, Hilfsorganisationen, Naturschutz und dem Engagement in Schulen. Dazu prüfen wir, wie wir die rechtliche Situation von ehrenamtlich Tätigen weiter verbessern können.
- Zur Unterstützung des Ehrenamtes gehört für uns die Fortführung der Ehrenamtsförderung „Wir für Sachsen“. Die Ehrenamtskarte sollte in Zusammenarbeit mit Kommunen und Unternehmen weiter fortentwickelt werden. Dazu müssen insbesondere die Kooperationen ausgebaut werden, damit freiwillige Helfer konkrete Vergünstigungen erhalten.
- Sport ist eine wichtige Stütze unserer Gesellschaft und leistet Wichtiges für unseren Zusammenhalt. Aus diesem Grund werden wir uns weiterhin für eine solide Förderung des Breiten- und Spitzensports einsetzen.
- Wir werden den Landkreisen und kreisfreien Städten auch in Zukunft pauschale Mittel zur Verfügung stellen, mit denen sie ehrenamtliches Engagement vor Ort je nach Bedarf unterstützen können. Der Betrag soll zukünftig auf 200.000 Euro jährlich pro Landkreis und kreisfreie Stadt angehoben werden.